

Klaus Ernst und Gesine Löttsch:

## Hartz IV nicht reformierbar

### **In dieser Ausgabe:**

**3 Nichts ist gut in Afghanistan.** Zur Verlängerung des Bundeswehr-Mandats.

**4 Oben bleiben!** Neuköllner bei den Protesten gegen Stuttgart 21.

**5 Bringt die PISA-Studie neue Ergebnisse für Neukölln?** Gastbeitrag von Jürgen Schulte, GEW Neukölln.

**6 Neuköllner Beobachtungen.** Eine Leseprobe aus dem Buch von Juliane Beer.

**8 Die S-Bahn den Berlinerinnen und Berlinern.**

Die Hartz-IV-Reform liegt auf Eis. Regierung, SPD und Grüne streiten um Details. Die ohnehin magere Regelsatzanhebung um 5 Euro auf 364 Euro wird es vorerst auch nicht geben. Erwerbsloseninitiativen rufen nun dazu auf, dagegen Widerspruch einzulegen.

Die Vorsitzenden der LINKEN, Gesine Löttsch und Klaus Ernst, kritisieren die ergebnislosen Vermittlungen zur Hartz-IV-Reform scharf. Die beteiligten Parteien hätten ihre eigenen Interessen über die Belange der Betroffenen

gestellt. Ernst und Löttsch bekräftigen die Forderung der LINKEN nach einer Überwindung des Hartz-IV-Systems. Die Forderung nach einem Regelsatz von 500 Euro pro Monat und einem gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde bis zum Ende der Legislatur sei richtig und gerecht. Sie erklären: „Die Vermittlungsgespräche zur Hartz-IV-Reform waren eine Farce. Es haben ausschließlich Hartz-IV-Parteien verhandelt. Union, SPD, FDP und Grüne haben Parteipolitik vor die Interessen der Betroffenen gestellt.“

Für DIE LINKE bleibe es dabei. Hartz IV ist nicht reformierbar, Hartz IV muss weg. DIE LINKE will dieses System, das Armut per Gesetz produziert, überwinden. Sie will eine



LINKE-Vorsitzender Klaus Ernst bei den Protesten gegen das „Sparpaket“ der Bundesregierung.

echte Mindestsicherung. Klaus Ernst: „Unsere Forderung nach einem Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde und einem Regelsatz von 500 Euro bis zum Ende dieser Legislaturperiode ist richtig und gerecht. Wir halten daran fest und kämpfen gleichzeitig für jede Verbesserung, die den Betroffenen zugute kommt.“

Lesen Sie auch die Erklärung Berliner LINKE-Politiker auf Seite 2.

## Auch 2011: Dresden bleibt Nazifrei!

Im nächsten Monat heißt es wieder: Nazifrei – Dresden stellt sich quer. Es gilt erneut Europas größten Naziaufmarsch gemeinsam zu blockieren.

Am 13. Februar 2010 folgten mehr als 12.000 Menschen dem Aufruf des Bündnisses Dresden Nazifrei und stoppten zum ersten Mal seit Jahren mittels Massenblockaden den europaweiten Naziaufmarsch in Dresden. Ein breites Bündnis aus Antifagruppen, lokalen Initiativen und Aktionsgruppen, Gewerkschaften, der LINKEN und vielen anderen, stellte sich ent-

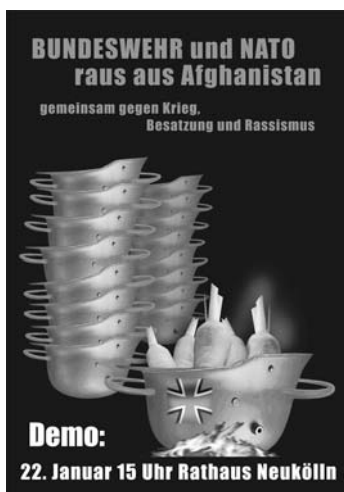
schlossen mit Mitteln des zivilen Ungehorsams den Nazis in den Weg. DIE LINKE beteiligt sich am Bündnis Dresden-Nazifrei. Informationen zum Bündnis finden Sie hier: [www.dresden-nazifrei.com](http://www.dresden-nazifrei.com)

DIE LINKE Neukölln macht mit am 15. Januar beim bundesweiten Aktionstag zur Mobilisierung an Infoständen und verteilt Material des Bündnisses Dresden Nazifrei. Treffpunkt ist um 10 Uhr in den Räumen der Neuköllner LINKEN, Richardplatz 16. Am 18. Januar ist ein bundesweiter Plakatierungstag. Auch an dieser Aktion wird sich die Neuköllner LINKEN beteiligen. Weitere Informationen:

[www.die-linke-neukoelln.de](http://www.die-linke-neukoelln.de)

**NAZI  
AUFM-  
ÄRSCHEN  
STOPPEN**  
DIE LINKE.

Ausführlicher Bericht auf Seite 3



**DIE LINKE.**  
Bezirksverband Neukölln

# „Damit 2011 ein gutes Jahr wird“



Foto: KDH

Ruben Lehnert, Sprecher des Bezirksverbandes DIE LINKE Neukölln

## Liebe Leserin, lieber Leser,

auf die Neujahrseuphorie folgt sogleich der Katzenjammer. In diesem Jahr steigen für die meisten von uns die Krankenkassenbeiträge, hinzu kommen pauschale Zusatzgebühren. Erwerbslosen Menschen werden Elterngeld und Rentenzahlungen gekürzt. Und nach wie vor schufte[n] viel zu viele Menschen für Löhne, die zum Leben kaum ausreichen. Ob SPD-Kanzler Schröder oder CDU-Kanzlerin Merkel – das Ergebnis ist stets ähnlich: Sie beschenken die reiche Minderheit in diesem Land und kürzen bei der großen Mehrheit der Bevölkerung.

Bleibt also alles beim Alten im neuen Jahr? Nicht unbedingt, denn es gibt Alternativen, für die sich DIE LINKE auch in diesem Jahr gemeinsam mit Ihnen einsetzen möchte: solidarische Bürgerversicherung statt Kopfpau-

schale, Millionärssteuer statt Sozialkürzungen, Mindestlohn statt Hartz-Aufstockerei. Ein Neukölln für alle, unabhängig von Hautfarbe, Religion oder Nationalität – das ist unser Ziel. Wir kämpfen dafür, dass das Tempelhofer Feld als Park für die ganze Bevölkerung Berlins erhalten bleibt, und dagegen, dass Flugzeuglärm das Leben im Neuköllner Süden unerträglich macht. Wir kämpfen für gute Bildung für alle und gegen Kinderarmut. Wir kämpfen für den gesetzlichen Mindestlohn und gegen Niedriglöhne; für eine Mindestsicherung, die erwerbslosen Menschen ein Leben in Würde ermöglicht, und gegen Schikanen und Sanktionen bei Hartz IV. Wir kämpfen gegen Rassismus und für ein Neukölln, in dem die Menschen solidarisch, friedlich und gerne miteinander leben und erfahren, dass unsere Unterschiedlichkeiten eine große Bereicherung für uns alle darstellen.

Ich lade Sie ein: Wirken Sie mit, unterstützen Sie unsere Forderungen, werden Sie Mitglied unserer Partei! Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass dieses Jahr ein gutes Jahr wird. Zurzeit diskutiert die DIE LINKE ihr Neuköllner Programm, mit dem sie sich am 18. September zur Wahl stellt. Sie sind herzlich willkommen, diese Diskussion mit Ihren Erfahrungen und Ansichten zu bereichern. Den Programmentwurf finden Sie im Internet unter [www.die-linke-neukoelln.de](http://www.die-linke-neukoelln.de). Ihnen persönlich wünsche ich von Herzen Gesundheit und die Erfüllung Ihrer Wünsche im neuen Jahr, uns allen wünsche ich ein kämpferisches und erfolgreiches Jahr 2011!

Mit solidarischen Grüßen

## Bildung für alle Kinder statt Willkür

**Zur Abstimmung kurz vor dem Jahreswechsel im Bundesrat über die Reform der Hartz-IV-Regelsätze und des sog. Bildungspaketes forderten die Fraktionsvorsitzenden der LINKEN in den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen und im Abgeordnetenhaus den Berliner Senat auf, wenn das Gesetz in der vorgesehenen Form in Kraft treten sollte, Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht zu erheben. In der Erklärung heißt es u.a.:**

Das Bundesverfassungsgericht hat im Februar 2010 die Hartz-IV-Regelsätze für verfassungswidrig erklärt. ... Damit erteilte das Gericht CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen eine schallende

Ohrfeige. DIE LINKE.Berlin lehnt den Gesetzesentwurf der schwarz-gelben Bundesregierung ab. Von Transparenz kann keine Rede sein, im Gegenteil: Es wurde getrickelt und geschummelt, um auf eine Erhöhung von nur 5 Euro zu kommen.

Wir fordern den Senat auf, gegen das Gesetz, wenn es in dieser Form in Kraft tritt, vorzugehen und Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht zu erheben. Gleichzeitig erwarten wir vom roten Senat weitere Initiativen zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns.

Auch beim Bildungs- und Teilhabepaket hat die CDU/CSU-FDP-Bundesregierung die falschen Weichen gestellt. ... Wir brauchen eine öffentliche Bildungsinfrastruktur, die flächendeckende Ganztagsangebote für alle Kinder zur Verfügung stellt, egal ob die Eltern arm oder reich sind.

Alle Kinder sollen ein bezahlbares Mittagessen in der Kita oder in der Schule bekommen. Dazu brauchen wir kein überbordendes, bürokrati-

sches Gutscheinsystem. Bildung und Jugendhilfe gehören nicht in die Jobcenter. Diese haben schon heute bei ihrer eigentlichen Aufgabe, nämlich der Arbeitsvermittlung, gut zu tun. DIE LINKE.Berlin setzt sich stattdessen für einen Ausbau und eine deutlich bessere Finanzierung von Bildung und Jugendhilfe in den bisherigen Zuständigkeiten ein. Wir brauchen gut aus-

gestattete öffentliche Einrichtungen, die ihre Aufgaben in hoher Qualität erfüllen können. Dafür hätte die Bundesregierung den Ländern und Kommunen die notwendigen finanziellen Mittel geben sollen, anstatt ihre finanziellen Spielräume durch Steuergeschenke und Schuldenbremse weiter einzuengen und eine neue bürokratische Parallelstruktur aufzubauen.

### **DIE LINKE bietet kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung**

**DIE LINKE. Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an. Mit der Rechtsanwältin Frau Heitmann steht Hartz-IV-Betroffenen eine erfahrene Juristin mit Rat und Tat zu Verfügung. Diese Erstberatung ist für Betroffene kostenfrei.**

**Die Beratungen finden jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 14 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16 in 12055 Berlin (U7 Karl-Marx-Straße) statt. Für Nachfragen und zur Terminanmeldung steht Franziska Lorenz-Hoffmann (030-53 08 46 26, [franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de](mailto:franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de)) gerne zur Verfügung.**

# Kein Fußbreit den Faschisten!



Foto: Jakob Huber

Dresden: Gemeinsam und entschlossen sich den Nazis widersetzen.

**Der Aufmarsch im Februar in Dresden ist für alte und neue Nazis alle Jahre wieder die wichtigste Aktion, um auf der Straße präsent zu sein. Im vergangenen Jahr gelang es ihnen nicht, weil Antifaschisten den Nazi-Marschkolonnen den Weg versperrten.**

Seit fast 20 Jahren versuchen die Nazis mittlerweile, den 13. Februar für ihre geschichtsrevisionistische Propaganda zu nutzen. Anlässlich der Bombardierung Dresdens durch die Alliierten im zweiten Weltkrieg rufen

sie dazu auf, der deutschen Opfer zu gedenken, um so die Bombardierung Dresdens für ihre menschenverachtenden Zwecke zu instrumentalisieren.

Der jährliche Naziaufmarsch in Dresden ist mittlerweile der größte Europas. Rund 6.000 Neonazis haben sich im letzten Februar in Dresden versammelt, sie konnten dank der Blockaden von mehr als 12.000 Antifaschisten keinen Meter laufen.

Antifaschistischen Protest hat es zwar immer gegeben, neu war 2010, dass es nicht allein Autonome und „linksradikale“ Gruppen waren, die sich vor Ort den Nazis entschlossen entgegengestellt haben. Trotz des Versuchs der Kriminalisierung und den staatlichen Re-

pressionen gegen Antifaschisten im Vorfeld des 13. Februar 2010 haben sich Menschen aus den unterschiedlichsten Gruppen zusammengesetzt: Gewerkschaften, Parteien, Antifagruppen, lokale Initiativen und zahlreiche weitere Organisationen und Vereine sowie Einzelpersonen. Dass der größte Naziaufmarsch Europas verhindert werden konnte, ist genau dieser Zusammenarbeit zu verdanken.

Trotz dieser derben Niederlage versuchen die Nazis auch 2011 wieder nach Dresden zu mobilisieren. – Wir aber auch, Dresden bleibt Nazifrei! Und die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren.

Das bundesweite Bündnis „Dresden – Nazifrei!“ hat die Homepage aktualisiert, der Aufruf kann unter [dresden-nazifrei.com](http://dresden-nazifrei.com) unterzeichnet werden und schon jetzt ist die Liste der Unterzeichner länger und politisch breiter als im Vorjahr. Plakate, Zeitungen und Flyer sind gedruckt und wir sind mindestens genauso entschlossen, uns den Nazis in den

Weg zu stellen und sie gemeinsam zu stoppen wie 2010.

Gerade weil die Blockaden nur erfolgreich sein können, wenn wir alle zusammenarbeiten, finden neben zahlreichen Veranstaltungen im Januar zwei bundesweite Aktionstage statt. Der Vorschlag der LINKEN, des SDS und der Linksjugend Solid zur gemeinsamen bundesweiten Mobilisierung wurde auch von anderen Organisationen aufgegriffen.

DIE LINKE.Neukölln startet die Mobilisierung am 15. Januar um 10 Uhr in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16 mit gemeinsamem Frühstück, zwischendurch gibt es heiße Suppe und zum Abschluss einen Workshop.

Am 18. Januar wollen wir am Abend in Neukölln plakatieren gehen. Wir freuen uns auf Dich und Deine Ideen.

AK Antifaschismus/Antirassismus  
DIE LINKE.Neukölln

Weitere Infos unter:

[www.die-linke-neukoelln.de](http://www.die-linke-neukoelln.de)

## „Nichts ist gut in Afghanistan“

**Die Bundesregierung ist entschlossen, Ende Januar den Bundeswehreininsatz in Afghanistan durch den Bundestag erneut verlängern zu lassen. Obwohl fast zwei Drittel der Bundesbürger (63 Prozent) einen festen Termin für den Abzug der Bundeswehr wollen, am liebsten noch 2011.**

Das ergab eine repräsentative Forsa-Umfrage für den „stern“, die in den letzten Dezembertagen 2010 erhoben wurde. Von denjenigen, die für einen festen Termin waren, plädierten

die meisten Befragten (59 Prozent) für einen Rückzug bis spätestens Ende dieses Jahres. 28 Prozent erklärten, der Abzug müsse spätestens Ende 2012 abgeschlossen sein. Nur 11 Prozent nannten einen späteren Termin, 2 Prozent antworteten mit „weiß nicht“.

Als vor fast genau einem Jahr die evangelische Bischöfin Margot Käßmann sagte, dass nichts gut sei in Afghanistan, zeichnete sich bereits ab, dass 2010 das blutigste Jahr seit Beginn des Krieges 2001 werden würde. Im Krieg in Afghanistan sind im vergangenen Jahr mehr als 10.000 Menschen getötet worden. Unter den Opfern waren rund 2.000 Zivilisten, wie die französische Presseagentur AFP berechnete. Das afghanische Innenministerium gab die

Zahl der getöteten Zivilisten, Polizisten und Aufständischen mit 8.560 an. Das Verteidigungsministerium in Kabul registrierte im vergangenen Jahr 810 tote afghanische Soldaten. Laut [icasualties.org](http://icasualties.org) kamen zudem 711 ausländische Soldaten im vergangenen Jahr ums Leben.

Vor der Abstimmung im Bundestag über den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr wird die Friedensbewegung eindringlich fordern: Truppen raus aus Afghanistan. **Am 22. Januar beginnt um 15 Uhr am Rathaus Neukölln eine Demonstration mehrerer linker Gruppen und aus der Friedensbewegung.** Für den Vorabend der Bundestagsabstimmung bereitet die Friedensbewegung einen **Zug vom Alexanderplatz (27. Januar, Start 17 Uhr)**

**zum Brandenburger Tor** vor. Unter dem Motto: „Code Roter Mohn“ soll mit satirischen Mitteln in Anlehnung an den „Anachronistischen Zug“ von Bertolt Brecht die Absurdität des Afghanistan-Krieges und die Verlogenheit seiner politischen Betreiber bloßgestellt werden. Die Moderation hat „Dr. Seltsam“ übernommen. **Am 28. Januar wird eine Mahnwache in Sichtweite des Bundestages (Dorotheenstraße/Ebertstraße) ab 8.30 Uhr** die Abgeordneten direkt ansprechen. Am Abend und am darauf folgenden Tag wird dann auf Einladung der Linksfraktion im Bundestag „das andere Afghanistan“ auf einer Konferenz zu Wort kommen (Anmeldung bis 21. Januar unter [veranstaltung@linksfraktion.de](mailto:veranstaltung@linksfraktion.de)).

Klaus-Dieter Heiser



## „Oben bleiben!“ – Neuköllner bei der ersten Demonstration nach dem Schlichterspruch zu Stuttgart 21

„Geyßers 21 plus - neuer Name, gleicher Stuss“. Die Protestierenden von Stuttgart lassen sich nicht einlullen und gehen lautstark zum „Schwabenstreich“ auf die Straße.

**Der vermeintlich versöhnliche Schlichterspruch von Heiner Geyßler zu dem Bahnprojekt in Stuttgart hat den Widerstand gegen das milliardenteure Prestigeprojekt nicht stoppen können.**

Bis zu 50.000 Menschen folgten dem bundesweiten Aufruf der zahlreichen Bündnisse gegen das Renommierprojekt der Bahn und ließen den Protest am 11. Dezember wieder aufleben. Nicht nur Stuttgarter waren auf die Straße gegangen. Aus ganz Deutschland waren Menschen angereist. In zwei Bussen reisten Mitglieder der Berliner LINKEN nach Stuttgart, mit dabei auch Mitglieder unser Neuköllner

Basisorganisationen. Mit Musik und Brezeln wurden wir von den Stuttgarter Genossen am Bahnhof euphorisch begrüßt, sogar der SWR filmte uns solidarische Unterstützer, die auch das winterliche Wetter von der Reise nicht abhalten konnte. Zu Beginn fand eine Kundgebung vor dem Bahnhof statt, bevor dann der Demozug durch die Stadt startete. Die Stimmung ist schwer zu beschreiben und wohl nur nachzuempfin-



Vincent und Stefanie aus Neukölln in Stuttgart: „Oben bleiben!“

den, wenn man wirklich mal dabei war. Es handelt sich bei diesen Protesten nämlich nicht mehr um eine normale Demonstration. Das gemeinsame Ziel, die abgehobene Politik der Regierung mit ihrer Lobbywirtschaft zu bremsen, hat breite Massen in Stuttgart politisiert. Man kann nicht von vernobten Bürgern sprechen, die Angst vor dem Baulärm und dem dadurch resultierenden Verlust von Lebensgefühl sprechen. Es sind



Solidarischer Berliner gegen „Stuttgart 21“

Menschen, von jung bis alt, die einfach genug davon haben, dass über ihre Köpfe entschieden wird und sich von dem Vorschlag Geißlers, einen Bahnhof „Stuttgart 21 Plus“ zu bauen, nicht einlullen lassen werden. Eine Durchsetzung des Projektes gegen den Willen der Bevölkerung wird kaum möglich sein, denn viele tausende aktive Protestler in Stuttgart sind bereit für ihr Recht auf Partizipation an den Entscheidungen über ihr Leben zu kämpfen. Wir sollten uns so gut es geht solidarisch an ihre Seite stellen und den lokalen Protest aus Stuttgart in die Weiten der Bundesrepublik tragen, damit daraus eine Bewegung entsteht, die die Scheindemokratie in Deutschland zurechtstutzt.

Vincent Streichhahn

## Termine: DIE LINKE Neukölln

### Bezirksmitgliederversammlung DIE LINKE Neukölln

**Freitag, 14.1., 18.00 Uhr**  
in der Richard-Schule,  
Richardplatz 14, 12055 Berlin,  
(U7 Karl-Marx-Straße oder Bahnhof  
Neukölln)

Vorschlag des Bezirksvorstands zur  
Tagesordnung:

1. Begrüßung und Konstituierung
2. Debatte zum ersten Entwurf „Linkes Programm für Neukölln“
3. Aktionen und Kampagnen:  
Nein zum Afghanistan-Krieg,  
Anti-Nazi-Demo in Dresden im Februar,  
Volksentscheid zur Offenlegung der  
Geheimverträge bei den Wasserbetrie-  
ben
4. Termine und Ankündigungen

Alle Mitglieder des Bezirksverbandes sind rede- und stimmberechtigt. Wer einen Antrag stellen möchte, zeige das bitte vorher dem Bezirksvorstand an, damit er alle Mitglieder informieren kann. Bei Bedarf wird sich der Bezirksvorstand für den Zeitraum der Versammlung um eine Kinderbetreuung kümmern.

### Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand Neukölln tagt partiell öffentlich in der Regel alle zwei Wochen donnerstags. Gäste sind herzlich willkommen.

**Donnerstag, 20.1., 19 Uhr**

**Donnerstag, 3.2., 19 Uhr**  
DIE LINKE, Richardplatz 16

### BO Hermannstraße

**Mittwoch, 12.1., 19 Uhr**

**Mittwoch, 26.1., 19 Uhr**

Treffen der Basisorganisation, Salvador-Allende-Zentrum, Jonasstraße 29

### BO Reuterkietz

**Dienstag, 11.1., 19 Uhr**

Treffen der Basisorganisation, Allmende, Kottbusser Damm 25/26

### BO Rixdorf

**Donnerstag, 13.1., 17 Uhr**

Info-Aktion in der Karl-Marx-Straße (vor Aldi, ehem. Hertie)

**Donnerstag, 13.1., 19 Uhr**

Thema: Verhinderung des Nazi-Aufmarsches in Dresden

**Donnerstag, 27.1., 19 Uhr**

Versammlung der Basisorganisation, DIE LINKE, Richardplatz 16

### BO Süd

**Dienstag, 11.1., 18 Uhr**

Treffen der BO Süd um 18 Uhr im Clubraum II des Gemeinschaftshauses Gropiusstadt am Bat-Yam-Platz (U7 Lipschitzallee)

Thema: „Was kommt politisch auf uns im Jahr 2011 zu? Was wollen wir als BO in diesem Jahr erreichen?“

**Dienstag, 18.1., 18 Uhr,**

Treffen der BO Süd um 18 Uhr im Clubraum II des Gemeinschaftshauses Gropiusstadt am Bat-Yam-Platz (U7 Lipschitzallee)

Thema: „Was verbirgt sich hinter Begriffen wie Reform, Neoliberalismus, Migration? Wie beeinflusst Sprache Politik?“

**Dienstag, 25.1., 18 Uhr,**

Treffen der BO Süd um 18 Uhr am Bat-Yam-Platz (U7 Lipschitzallee): Plakate aufhängen für den Volksentscheid „Wasser“.

### Arbeitsgruppe

**„Linkes Programm für Neukölln“**

**Mittwoch, 12.1., 19 Uhr**

**Mittwoch, 26.1., 19 Uhr**

DIE LINKE, Richardplatz 16

### AG Bildung

**Montag, 17.1., 16.30 Uhr**

DIE LINKE, Richardplatz 16

### AG Hartz IV

**Mittwoch, 12.1., 17.30 Uhr**

DIE LINKE, Richardplatz 16

### AG Politische Bildung und Kultur

**Montag, 10.1., 17.30 Uhr**

DIE LINKE, Richardplatz 16

### Kostenlose Hartz-IV-Beratung

**Mittwoch, 12.1., 14 bis 16 Uhr**

**Mittwoch, 26.1., 14 bis 16 Uhr**

DIE LINKE, Richardplatz 16

### Erwerbsloseninitiative Neukölln

**Dienstag, 18.1., 11 bis 14 Uhr**

Erwerbslosenfrühstück

DIE LINKE, Richardplatz 16

### Weitere Termine im Internet:

[www.die-linke-neukoelln.de](http://www.die-linke-neukoelln.de)

### Mitgliedsbeiträge und Spenden

an den Neuköllner Bezirksverband DIE LINKE können überwiesen werden auf das Konto:

Berliner Bank, BLZ 100 708 48,  
Kontonummer: 525 607 80.

# Bringt die PISA-Schulstudie neue Ergebnisse für Neukölln?

**Gastbeitrag von Jürgen Schulte,  
Gewerkschaft Erziehung  
und Wissenschaft (GEW) Neukölln**

**Aus den jetzt vorliegenden Ergebnissen der aktuellen PISA-Studie lassen sich keine detaillierten Rückschlüsse für den Bezirk Neukölln ziehen und vor allem lassen sich keine positiven Entwicklungsaspekte ableiten. Das ist selbst für Berlin nicht ernsthaft möglich, weil der Test nur an sechs ausgewählten Schulen durchgeführt wurde.**

Sicherlich lassen sich Rückschlüsse aus den bundesweiten Ergebnissen ziehen, die den besonderen Neuköllner Bedingungen Rechnung tragen. Aber diese Erkenntnisse sind keine neuen. Der Zusammenhang von Armut, vor allem wenn sie gepaart ist mit Migrationshintergrund, und Bildungsteilnahme ist ungebrochen. Entsprechend haben auch die Forderungen nach besserer personeller und finanzieller Ausstattung der Schulen – besonders in Nord-Neukölln – weiterhin Bestand.

## Bedürftigkeit Neuköllner Schulen

Wie groß die Bedürftigkeit an den Neuköllner Schulen ist, darauf haben die Lehrer mehrerer Grundschulen im Frühjahr 2010 mit ihrem Boykott der bundesweit erhobenen Vergleichsarbeiten für die 3. Klassen hingewiesen.

Bei der Protestaktion ging es nicht nur um die Aufgabenstellungen, die sprachlich und inhaltlich einem spezifisch-bürgerlichen Bildungsniveau als Verständnisvoraussetzung entsprechen, sondern um mehr. Die Auseinandersetzung um VERA3 ist auch ein Teil des Kampfes gegen den Umbau der Schule in

eine nach Rentabilitätsgrundsätzen einer Unternehmensführung organisierten Bildungseinrichtung.

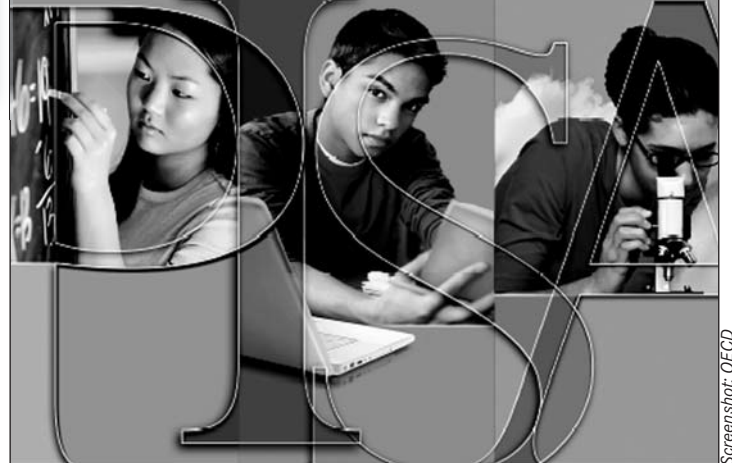
## Sanierungsstrategien „wie in Unternehmen“

Nicht umsonst berufen sich die „Bildungsexperten“ auf entsprechende Wirtschaftsberatungsinstitute wie Kinsey, Mummert & Partner, Bertelsmann usw., mit deren Konzepten sie die Schulen für die Anforderungen fit machen wollen. Wie bei den „Sanierungsstrategien“ für Unternehmen, wo fast immer ein Teil der Beschäftigten entlassen wird und der Rest der Belegschaft die Folgen der Sanierung durch Lohnkürzung und Arbeitsverdichtung ausbaden haben. Ähnliches findet auch an den Schulen statt. Beispielsweise kommt es durch die unnötige Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur von 13 auf 12 Jahre zu einer starken Verdichtung des Stundenplans und eine massive zusätzliche Belastung der Schülerinnen und Schüler.

## Soziale Herkunft bestimmt Bildungserfolg

Es ist von vornherein klar, wer bei diesem Prozess auf der Strecke bleibt. Es sind die Kinder von Eltern, die nicht in der Lage sind, entweder selbst oder mit Hilfe teurer Nachhilfeeinrichtungen die Schullaufbahn zu sichern. Die Schüler, die keinen qualifizierten Schulabschluss erreichen, bezahlen das mit dem Verlust an gesellschaftlicher Teilhabe. Damit übertragen die „Erfolgreichen“ in unserem Land ihre sozialen Privilegien auf ihre Kinder. Die Auswirkungen zeigt der aktuelle PISA-Bericht mit aller Deutlichkeit:

In keinem anderen europäischen Land bestimmt die soziale Herkunft der Kinder den Bildungserfolg wie in der Bundesrepublik und das ist in den letzten Jahren keinesfalls bes-



Screenshot: OECD

ser geworden. Die These von dem überflüssigen Drittel der sog. 2/3-Gesellschaft drängt sich einem auf.

Leider sehen auch führende Vertreter der Berliner LINKEN ihre Rolle nicht an der Seite der Lehrerinnen und Lehrer, die gegen die marktorientierte Veränderung von Schule kämpfen, sondern unterstützen die Schulpolitik von Senator Zöllner zum Teil tatkräftig. So geschehen bei der Debatte im Abgeordnetenhaus über die öffentliche Kritik der Berliner GrundschullehrerInnen an den Vergleichstests VERA 3.

## Bildungsinhalte und demokratische Teilhabe

Das Ziel von LINKER Bildungspolitik sollte nicht nur größere Effektivität und höheren Bildungs-output im Auge haben, sondern sich

ebenso darauf konzentrieren, die ideologischen Auseinandersetzungen um Bildungsinhalte und stärkere demokratische Teilhabe aller an Schule Beteiligten zu führen.

Besonders hinsichtlich der Privatisierung von Teilen des Schulbetriebes, z.B. der Hortbereich an den Grundschulen oder dem sozialpädagogischen Bereich an den Sekundarschulen, muss die Berliner LINKE noch eine klare Position finden und in Zukunft einer weiteren Verlagerung von staatlichen Aufgaben an private Träger aktiv entgegen treten. Das Ergebnis von Pisa und Vera3 ist, dass dringend viel mehr Geld für Bildung in Neukölln ausgegeben werden muss. Das hätte eigentlich allen Verantwortlichen aber schon vorher klar sein müssen.

*Die im Jahr 2009 durchgeführte vierte PISA-Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) beruht auf Schulleistungstests, an denen eine halbe Million 15-jähriger Schülerinnen und Schüler in allen 34 OECD-Mitgliedstaaten sowie weiteren 31 Partnerländern und -volkswirtschaften teilgenommen haben. Der Schwerpunkt der PISA-Studie 2009 lag auf der Fähigkeit zu lesen. Die Unterschiede in den Schulleistungen sind nach wie vor stark geprägt durch den sozio-ökonomischen Hintergrund der Familien, aber mehr noch der Schulen. Der Leistungsabstand zweier Schüler mit ähnlichem Hintergrund beträgt in Deutschland mehr als 100 PISA-Punkte, je nach dem, ob er auf eine Schule mit günstigem oder ungünstigem Umfeld geht. In keinem anderen Land hat ein sozial ungünstiges Schulumfeld einen derart starken Einfluss auf die Leistungen von Kindern aus sozial schwachen Familien.*

*(Aus der Pressemitteilung der OECD vom 7. Dezember 2010)*

# Neuköllner Beobachtungen

**Juliane Beer präsentierte ihr neues Buch „Arbeit kann zu einem langsamen und schmerzhaften Tod führen“**

Das Gedränge war groß, als Juliane Beer am 7. Dezember ihr neues Buch auf einer gemeinsamen Veranstaltung der Edition Schwarzdruck und der Neuköllner LINKEN vorstellte.

Eine makabre Geschichte mit vielen lebendigen Beobachtungen des Neuköllner Le-

bens wird von Juliane Beer erzählt. Worum geht es? Frau Paesch, Beraterin im Jobcenter Berlin-Neukölln, versucht ihre Kunden davon abzuhalten unterbezahlte Arbeit anzunehmen. Lieber faul sein. Sich verweigern. Bis die Ausbeuter zur Vernunft kommen und einen anständigen Lohn zahlen. Doch Frau Paeschs Klientel will arbeiten, um jeden Preis, zur Not sogar umsonst. Da Frau Paesch für derart unappetitlichen Aktionen nicht zu haben



An der Seite von Juliane Beer die Schauspielerin Fanny Staffa, die Auszüge aus dem Buch las, und Susi Koch, die mit ihrem Musikprogramm begeisterte (von links).

Foto: KDH

ist, aber keine gut bezahlten Jobs im Angebot hat, eröffnet sie heimlich an ihrem Schreibtisch eine Schwarzarbeit-Agentur. Bedauerlicherweise gibt es plötzlich Tote ...

Der Verlag nennt die Geschichte von der Betriebswirtin Frau Paesch einen „schöngeistigen Beitrag zur ‚Reform‘ von Hartz IV“. Eine böse Fiktion, mit viel Realismus erzählt.

„Was unternimmst Du heute Abend?“

Leseprobe



„Was unternimmst du heute Abend?“, fragt Gertrud, als beide wieder im Büro sitzen.

Frau Paesch wird gar nichts unternehmen. Was die Gans auch weiß.

„Wir haben einen neuen, spannenden Italiener!“ Gertrud spielt an ihrem Kettenanhänger, einem kleinen, goldenen Skorpion. Dass man sich besser nicht mit ihr anlegen sollte, hat sie früher immer dazu gesagt. Seit sie weiß, dass Frau Paesch sich nicht für Sternkreiszeichen und Horoskope interessiert, lässt sie das. Spielt nur noch schweigend mit dem kleinen goldenen Tierchen.

Die Sache mit dem Italiener wurmt Frau Paesch allerdings. Sie

lässt sich nichts anmerken. Aber – wann war sie das letzte Mal in einem Restaurant? Jahre muss das her sein. Damals, zur Konfirmation ihrer Nichte; ihr Bruder hatte ein Gaststättenhinterzimmer angemietet. Aber es war nicht das selbe gewesen, als würde man unter einer bunt gemischten Schar plauderender Menschen in einem Restaurant sitzen. Der gemietete Raum war nur für Feierlichkeiten bestimmt, Frau Paesch kam sich den ganzen Mittag über vor, wie bei einem simulierten Restaurantbesuch. Unbefriedigend war es gewesen, obwohl das Essen gut war. Gut, aber bereits im Vorfeld ausgesucht. Das, was einen Restaurantbesuch aufregend macht – unter verschiedenen Gerichten etwas zu wählen, unbekanntes auszuprobieren oder etwas zu bestellen, was man nur selten aß, fehlte. Das Konfirmationssessen setzte sich zusammen aus Braten, Kraut, Klößen. Danach gab es Kaffee und gedeckten Apfelkuchen. Sicher, alles war lecker gewesen, Frau Paesch aß gerne Braten und machte ja auch zu Hause nie welchen – für sich allein, das lohnte sich nicht – aber ein italienisches Essen, das man sich selbst aussuchen konnte, mit allen Risiken, die damit verbunden waren, war einem Braten schon allein vom Aufregungsfaktor her weit überlegen.

„Wir haben auch schon unser Stammessen!“, schaltet die Gans sich gerade wieder ein. „Die ma-

chen eine Salamipizza...“ Sie küsst Daumen und Zeigefinger. Traumahaft sei diese Pizza. Und die Kinder könnten bei den Eltern mitessen, so reichlich wären die Portionen.

Salamipizza! Das holt Frau Paesch runter. Der Hauch des Besonderen verpufft. Salamipizza! Du lieber Himmel! Die gibt es in jeder Supermarkttiefkühltruhe, auch für Leute, die niemanden zum Ausgehen haben. Von billig bis teuer.

Frau Paesch beschließt, heute Abend eine schöne Salamipizza zu verspeisen.

Dass man ja noch immer an der Selbstmörderin dran sei, nörgelt Gertrud jetzt hinter ihrer Zeitung hervor. „Als ob es nichts wichtiges gäbe, als eine arbeitslose Drogensüchtige!“ Sie knickt die Seite ein, malt ein großes Ausrufungszeichen neben die ihr wichtig erscheinende Stelle. „Hier, Jutta!“ Sie reicht die Zeitung über den Tisch. Dass die Frau halluzinogene Drogen genommen habe, fasst sie den Artikel zusammen. Dass sie, Gertrud, sich das Wandern aber abgewöhnt habe, seit sie auf diesem Amt arbeiten würde, fügt sie gleich hinzu. Und Zeugen wollten das Opfer einen Tag vor ihrem Tod mit einem jungen Mann zusammen gesehen haben. Durch die Hasenheide seien sie spaziert. Arm in Arm. Man wisse ja, was in der Hasenheide los sei.

„Nein, was denn?“, fragt Frau Paesch uninteressiert.

„Kann man ja nicht mehr durchlaufen, ohne dass einen alle drei Meter ein Neger wegen Drogen anspricht. Selbst wenn man Kinder dabei hat.“

Frau Paesch macht die Gans darauf aufmerksam, dass es ‚Afrikaner‘ heißt.

Neger oder Afrikaner, das ist Gertrud egal. „Ist doch schließlich ein und das selbe!“ Lächerlich findet sie es, sich immer so an Kleinigkeiten aufzuhängen, sowieso wäre diese Aufregung um ‚falsche Wörter‘ ja momentan viel zu groß in Mode; schön reden sollte man diese Leute also noch, nicht mit ihr! „Neger!“, wiederholt sie, klar und deutlich. „Der Neger, die Neger! Einzahl, Mehrzahl. Geht immer! So!“

Nachdem sie sich wieder beruhigt hat, kommt sie noch einmal auf den jungen Mann zu sprechen. Laut Akte sei die Tote nämlich allein stehend gewesen. Single. Sie habe das Amt also betrogen, eine Falschaussage gemacht. Was Frau Paesch dazu sage. Die Gans schielt empört über den Tisch.

Frau Paesch sagt dazu nichts, gibt der Gans die Zeitung zurück.

BWL mit Frau Paesch No. 16:  
Juliane Beer: ARBEIT KANN ZU  
EINEM LANGSAMEN UND  
SCHMERZHAFTEN TOD FÜHREN ·  
2010 · 204 Seiten ·  
ISBN 978-3-935194-35-8 · 20 Euro

# Neue Stolpersteine in der Karl-Marx-Straße

Aktion zum Abschluss der 650. Jahrfeier Neuköllns



Stolpersteine sind Erinnerungssteine für die ermordeten jüdischen Nachbarn, für die Akteure des politischen Widerstands, für die Opfer des Nazi-Terrors.



Zum Abschluss des 650. Gründungsjubiläums von Neukölln wurden die 39 jüngst in der Karl-Marx-Straße verlegten Stolpersteine aufgesucht. Im Anschluss daran fand eine Gedenkveranstaltung im rekonstruierten Köln-Zimmer des Rathauses Neukölln unter dem Motto: „Sie sind unauslöschlicher Teil unserer Geschichte“ statt.



Schülerinnen und Schüler des Leistungskurses Geschichte im 3. Semester des Albert-Schweitzer-Gymnasiums sprachen über Schicksale deportierter Familien.

## Gekommen, um sich zu vernetzen

Vorverkauf für 8. Linke Medienakademie hat begonnen

Im vergangenen Jahr besuchten bundesweit rund 2.000 Medienmacher und Interessierte die Veranstaltungen der Linken Medienakademie (LiMA). Für das Jahr 2011 erwarten die Organisatoren eine Steigerung auf 3.000 Teilnehmer.

Grund dafür ist die stärkere lokale Verankerung durch LiMAregional, eine Serie von bundesweit stattfindenden Regionalkonferenzen, die zusätzlich zur Linken Medienakademie in Berlin organisiert werden.

Im März 2011 werden auf der 8. Linken Medienakademie an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin (HTW) über 100 Dozenten und Referenten ihr Wissen mit den Besuchern teilen. Unter dem Motto „Grenzenlos“ werden Neueinsteiger mit erfahrenen Medienmachern in Textwerkstätten, Layoutkursen, PR-Workshops, Rhetoriktrainings und politischen Diskussionen zusammen kommen, um sich handwerkliches Können anzueignen und um eigene Projekte in Zukunft professioneller gestalten zu können.

Nicht nur die Grenzen zwischen Neueinsteigern und renommierten Medienmachern sollen überwunden

werden. Auch die Grenzen und Vernetzungen zwischen „klassischen“ und „neuen“ Medien sind Thema der Akademie. Doch hinter dem Konzept der Linken Medienakademie steckt auch die Idee, die Herstellung von Gegenöffentlichkeit und einen kritischen Journalismus zu fördern, der die gesellschaftlichen Probleme nicht ausblendet und tiefer gehende Fragen stellt als der Medienmainstream.

Heutzutage arbeiten viele Medienmacher unter enormem Arbeitsdruck und in ständiger Konkurrenz zueinander, sodass nur selten Zeit bleibt für hintergründige Recherche und Austausch untereinander. Deshalb fahren im März viele gerne zur jährlichen Konferenz nach Berlin, um sich dort

mit anderen zu treffen und zu vernetzen. Andere kommen, weil sie sich auf der Linken Medienakademie zu einem geringen Unkostenbeitrag auf dem Niveau von Journalistenschulen weiterbilden können. Für spezielle Zielgruppen werden auf der LiMA zusätzlich die Subkonferenzen LiMA campus für Studierende, LiMA union für Gewerkschafter und LiMA digital für Web 2.0-Interessierte organisiert.

LiMA. 8. Akademie für Journalismus, Medienkompetenz, Bürgermedien und Öffentlichkeitsarbeit, 9. bis 13. März 2011, Hochschule für Technik und Wirtschaft, Campus Oberschöneweide, [www.lima-akademie.de](http://www.lima-akademie.de)

## DIE LINKE. mach mit!

Egal, ob Du Parteimitglied bist oder nicht:  
Sei linksaktiv und du kannst sofort anfangen.

Nimm Kontakt zu uns auf:

Ruben Lehnert, Sprecher DIE LINKE.Neukölln, 0176 296 492 75,  
[ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de](mailto:ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de)

Irmgard Wurdack, Sprecherin DIE LINKE.Neukölln, 0178 851 28 71  
[irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de](mailto:irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de)

Oder den Coupon ausfüllen, abtrennen und an folgende Adresse schicken:

DIE LINKE.Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin, Fax: 030/61359 19

Neu-Köllnisch · 1/2011 - JANUAR

[www.die-linke-neukoelln.de](http://www.die-linke-neukoelln.de)

DIE LINKE Berlin-Neukölln

### Informationsangebot

- Ich möchte Informationsmaterial bekommen.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name: .....

Anschrift: .....

E-Mail: ..... Telefon:.....

## Neu-Köllnisch

Januar 2011

Neu-Köllnisch erscheint 10 x im Jahr

Herausgeber: DIE LINKE,  
Landesverband Berlin

Auflage dieser Ausgabe: 3.000

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln  
Richardplatz 16, 12055 Berlin,  
Tel./Fax: 030-613 59 19

Redaktionsschluss: 4.1.2011

Beiträge für die nächste Ausgabe  
bitte bis zum 21.1.2011Namentlich gekennzeichnete Artikel  
müssen nicht der Ansicht des Heraus-  
gebers entsprechen.

## Auf ein Wort: Strompreise

**Mit kräftigen Preiszuschlägen erhöhten die Energiekonzerne zum Jahreswechsel den Strompreis.** Begründet wurden sie vor allem mit der Umlage für erneuerbare Energien. Doch am Ökostrom liegt es nach Ansicht von Branchenkennern gar nicht. Die Abgabe, die von jedem Stromkunden zu zahlen ist, steigt zum 1. Januar um 1,76 Cent je Kilowattstunde. Viele Preiserhöhungen fallen jedoch deutlich höher aus: So erhöht Vattenfall den Grundversorgungstarif in Berlin um 2,33 Cent je Kilowattstunde. In der Summe garantieren die Energiepreiserhöhungen den Konzernen rund 2 Milliarden Euro Gewinne. Faire Energiepreise können nur durch eine funktionierende Preisaufsicht und Sozialtarife garantiert werden. Energiekonzerne gehören unter gesellschaftliche Kontrolle. KDH

# Die S-Bahn den Berlinerinnen und Berlinern

Gedanken von Thomas Licher

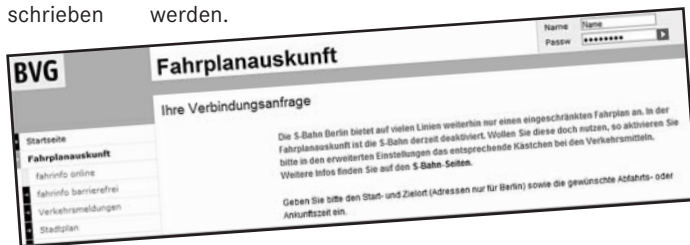
**Nachdem am 1. Dezember pünktlich die ersten Schneeflocken gefallen sind, herrscht bei der S-Bahn wieder das große Desaster und nur noch die Hälfte der Züge für den Notfallfahrplan sind unterwegs.**

Dabei hatten die Verantwortlichen der S-Bahn und der Bahnchef Grube noch im Oktober verkündet, dass man diesmal für den Winter besser vorbereitet sei. Jetzt ist von der zuständigen Aufsichtsbehörde zwar der Weiterbetrieb für die kommenden drei Jahre gesichert worden, aber die Frage was nach auslaufen der Verträge mit der Bahn AG 2017 mit der S-Bahn geschehen soll, wird berechtigterweise von verschiedenen Parteien und den Kunden gestellt. Von der zuständigen Verkehrssenatorin ist wiederholt die Möglichkeit der Ausschreibung des S-Bahn-Ringes aufgeworfen worden. Auch die Berliner Grünen sind für eine europaweite Ausschreibung der Verkehrsleistung.

Die Berliner S-Bahn ist eine 100-prozentige Tochter der Bahn AG, die noch vollständig dem Bund gehört. Also ist die S-Bahn ein öffentliches Unternehmen, was wegen Misswirtschaft privatisiert werden soll? Kei-

nesfall sollte die S-Bahn zerschlagen werden und der Verkehr auf dem S-Bahn-Ring 2017 ausgeschrieben werden.

gierungen ihrer Verpflichtung als Eigentümer nicht nachgekommen und haben immer nur eine



Sonst drohen uns englische Verhältnisse im Nahverkehr. In England hat es mehrere schlimme Zugunglücke in Folge der Privatisierung gegeben. Viele Jahre war die S-Bahn ein zuverlässiges und pünktliches Verkehrsunternehmen, was in erster Linie Berliner sicher von A nach B transportiert hat. Im Rahmen des von der ehemaligen Bundesregierung Schröder/Fischer geplanten und zum Glück bisher verhinderten Börsengangs der Bahn AG, wurde die S-Bahn finanziell ausgenommen und möglichst viel Geld wurde aus dem Tochterunternehmen an den Mutterkonzern weitergeleitet, um dort die Bilanzen für mögliche Käufer schön zu rechnen. Dabei wurden die Instandhaltungen der Schienenfahrzeuge völlig vernachlässigt und auch Betriebswerkstätten geschlossen. Das Ergebnis können die Berliner seit eineinhalb Jahren tagtäglich „erleben“. Dabei sind die Bundesre-

*Dokument des Desasters: Die BVG sperrt die S-Bahn-Verbindungen in ihrer Fahrplanauskunft wegen Unzuverlässigkeit.*

größtmögliche Gewinnabführung als Ziel verfolgt. Dabei spielte es keine Rolle, ob sich die Bundesregierung aus SPD/Grüne, CDU/SPD oder wie derzeit aus CDU/FDP zusammensetzt. Auch der Berliner Senat hätte stärker tätig werden müssen und sich gegenüber der Bahn AG für eine bessere Verkehrsversorgung einsetzen sollen.

Die Lösung der aktuellen Probleme erscheint in einer Zurückführung der S-Bahn samt Schienennetz in den Berliner Landesbesitz, verbunden mit einer aktiven Verkehrspolitik, die in erster Linie den sicheren Personentransport als Aufgabe hat. Das wäre eine attraktive Alternative zum Autoverkehr und die S-Bahn würde nicht ausschließlich das Ziel des Geldverdienens verfolgen.



## Volksentscheid „Wasser“ am 13. Februar

**Am Sonntag, dem 13. Februar, findet nach dem erfolgreichen Volksbegehren nun der Volksentscheid über die Offenlegung der Teilprivatisierungsverträge bei den Berliner Wasserbetrieben statt.**

Der Text auf dem Stimmzettel hat den Wortlaut: **Abgestimmt wird über den Gesetzentwurf über die Offenlegung der Teilprivatisierungsverträge bei den Berliner Wasserbetrieben, der im Amtsblatt für Berlin vom 17. Dezember 2010 veröffentlicht ist und im Wesentlichen folgenden Inhalt hat: Alle bestehenden und künftigen Verträge, Beschlüsse und Nebenabreden im Zusammenhang mit der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe sind mit Ausnahme personenspezifischer Daten vorbehaltlos offen zu legen.**

**Sie bedürfen einer eingehenden öffentlichen Prüfung und Aussprache unter Hinzuziehung von unabhängigen Sachverständigen und der Zustimmung des Abgeordnetenhauses von Berlin. Sie sind unwirksam, wenn sie nicht im Sinne dieses Gesetzes abgeschlossen und offen gelegt werden.** Die Abstimmungsfrage lautet: **Stimmen Sie diesem Gesetzentwurf zu? (Ja/Nein)**

Die Abstimmungslokale sind von 8 Uhr bis 18 Uhr geöffnet. Abstimmungsberechtigt sind alle Berlinerinnen und Berliner, die auch an Wah-

len zum Abgeordnetenhaus teilnehmen dürfen. Dazu gehört u.a. die Anmeldung mit alleiniger Wohnung oder Hauptsitzwohnung in Berlin. Sie musste bis zum 13. November 2010 erfolgt sein. Die Unterlagen für die Briefabstimmung sind ab 10. Januar in den Bezirkswahlämtern erhältlich.

*DIE LINKE.Berlin hat zur Problematik Berliner Wasserbetriebe eine Internetseite eingerichtet: [www.berlinerwasserpreise.de](http://www.berlinerwasserpreise.de) Weitere Informationen zum Volksentscheid „Wasser“: <http://berliner-wassertisch.net>*